

Der neue Bevölkerungsschutz

Autor(en): **Ogi, Adolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **165 (1999)**

Heft 10

PDF erstellt am: **23.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-66031>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der neue Bevölkerungsschutz



Ereignisse der letzten Zeit haben uns deutlich vor Augen geführt, wie notwendig eine gut funktionierende zivile Katastrophenhilfe und deren klar geregelte Zusammenarbeit mit der Armee sind. Ich denke hierbei an die Lawinenniedergänge des letzten Winters, an die Überschwemmungen im vergangenen Frühjahr, an die Notwendigkeit der Bewachung von Botschaften. Ich denke aber ebenso an viel schwerwiegendere Ereignisse im Ausland: Den unfassbaren Krieg im ehemaligen Jugoslawien und das verheerende Erdbeben in der Türkei.

Zwar haben unsere wichtigsten sicherheitspolitischen Instrumente, die Armee, der Zivilschutz und die Feuerwehren, gute Einsätze geleistet. Aber nicht nur die Ereignisse, sondern auch die Einsätze haben gezeigt, dass es nötig und richtig war, mit der Kommission Brunner auf einen neuen Pfad zu gehen. Die sicherheitspolitische Lage in und um Europa bedingt eine Neuausrichtung unserer Sicherheitspolitik, und die finanzielle Lage der öffentlichen Hand zwingt zur noch besseren Nutzung von Synergien.

Der beschrittene Weg führt auch für den Bevölkerungsschutz vom Bericht Brunner über den sicherheitspolitischen Bericht zu einem neuen Leitbild, zu neuen Rechtsgrundlagen und dann zur Umsetzung, die ab dem Jahr 2003 einsetzen soll.

Dabei geht es beim Bevölkerungsschutz weniger um eine grosse Doktrinschöpfung als vielmehr um ein konsequentes Umdenken, und zwar unter anderem in folgenden Punkten:

- von der Fokussierung auf den «worst case» hin zur differenzierten Berücksichtigung der Risiken und Gefahren;
- von der Ausrichtung auf den bewaffneten Konflikt hin zum Einsatz- und damit Ausbildungsschwergewicht, welches natur- und zivilisationsbedingte Katastrophen sowie Notlagen erfordern;

- von der Idee der Vereinheitlichung durch den Bund zur neuen Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen;

- von der Quantität zur Qualität, und zwar vor allem durch die Schaffung und Ausbildung der nötigen Stäbe und Formationen für rasche Einsätze «aus dem Stand».

Der sicherheitspolitische Bericht 2000 dient auch für die Arbeiten im Projekt Bevölkerungsschutz als wichtige Grundlage. Darin sind die Aufgaben und Mittel des künftigen Bevölkerungsschutzes ebenso festgelegt wie Grundsätze für seine weitere Ausgestaltung. Erwähnt seien hier z.B. die grundsätzliche Zuständigkeit der Kantone und die strategisch und zeitlich begründete Notwendigkeit, die bestehende Schutzinfrastruktur grundsätzlich zu erhalten.

Damit der Umbau vom bisherigen Nebeneinander der Partnerorganisationen zum Miteinander unter dem gemeinsamen Dach «Bevölkerungsschutz» gelingt, müssen sich alle Beteiligten vorbehaltlos hinter den Leitgedanken der **Sicherheit durch Kooperation** stellen. Dabei ist es unerlässlich, dass Mitwirkung und Mitverantwortung dort ansetzen, wo sich die zivilen Mittel befinden: auf der Ebene der Gemeinden, Regionen und Kantone. In der Projektorganisation und bei den im Projekt eingebundenen Partnern ist ein Arbeitsklima nötig, das es ermöglicht, den Wandel als Chance wahrzunehmen. Oder, um mit Gottfried Keller zu schliessen: «Lasset uns am Alten, so es gut ist, halten; doch auf altem Grund Neues wirken jede Stund.»

Bundesrat Adolf Ogi
Vorsteher des Eidg. Departementes
für Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport